

Ultraliberale Korrespondenz Nr. 17 01-11-2014

Braucht Deutschland noch die F.D.P. ?

2009 meinten 14,6 % der Wähler – ja, heute wohl nur um die 2 %. Ich denke, man hat den grössten Fehler gemacht, den Politiker machen können: Man hat nicht einmal versucht, seine Versprechen einzuhalten. Ja, Herr Westerwelle war schrill, ja, er hatte fast nur auf ein Thema gesetzt: „Mehr netto vom Brutto“. Aber das war ein ganz wichtiges Thema. Wenn man einmal zusammenrechnet, was ein Lohnempfänger in Deutschland erarbeiten muss, damit sein Boss ihn beschäftigt – seinen Lohn, seine Lohnsteuer, die Sozialabgaben von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, andere soziale Nebenkosten und vorsichtshalber noch die Kosten, die entstehen, wenn der Boss ihn vielleicht einmal feuern will – die „Sozialschulden“, für die vorher noch nicht einmal steuerliche Rückstellungen gemacht werden können - dann kommt man auf eine recht erhebliche Summe. Davon bekommt der Mitarbeiter nur einen Teil. Und von diesem Teil gehen noch an den Staat die Mehrwertsteuer für seine Einkäufe, die Steuer auf das Benzin und die Autosteuer, damit er zu Arbeit fahren kann, die Fernsehgebühr, die nun wie eine Steuer erhoben wird, die im Strompreis raffiniert versteckte Steuer für die unsinnige Energiewende u.s.w. Schätzungsweise kann er wohl nur über ein Drittel des Geldes selbst verfügen, das er erwirtschaftet hat.

Herr Westerwelle hatte recht, wenn er diesen Skandal „schrill“ anprangerte. Nur, dass er dann mit der inzwischen zur Sozialdemokratin gewandelten Frau Merkel eine Koalition einging die nicht viel gegen diesen Skandal tat, nahmen ihm seine Wähler übel. Dass er sich dann auch noch mit dem belanglosen Amt des Aussenministers abspeisen liess machte die Sache noch schlimmer.

Viele sagen, man hätte ohnehin nichts Wesentliches tun können um die Abgabenlast zu senken bei über zwei Billionen Euro Staatschulden. Das ist falsch: Man hätte müssen und man müsste immer noch - erst einmal gewaltige Einsparungen und liberale Reformen vornehmen: das geht nur teilweise sofort, aber ganz gut mit einem Sieben-Jahres-Plan: Z.B. könnte sich der Staat von der Förderung von Kultur- und Sport weitgehend verabschieden. Das sind Privatinteressen und alberne, skandalöse Veranstaltungen wie Olympiaden oder Weltmeisterschaften sollte man aufgeben. Jedweder Kündigungsschutz sollte aufgehoben werden, damit den Arbeitgebern die Angst vor Einstellungen und damit vor „Sozialschulden“ genommen wird und es mehr Arbeitsplätze gibt. Man sollte den Beamtenstatus („lebenslänglich“) aufheben und einen Grossteil der unproduktiven Beamten einsparen und alle Prestige-Objekte streichen. Man braucht weder ein Segelschulschiff, noch Heere von Beamten, die Baugenehmigungen prüfen, noch mit Marmor verkleidete Regionalflughäfen – eine anständige Piste, gute Flugsicherung und ein paar Bürocontainer tun es auch. Wozu auch die vielen Subventionen, die teuren Konsulate und Regierungs-Vertretungen innerhalb der EU – weg damit - ebenso wie mit der völlig ausufernden Landwirtschaftsförderung, die nun wohl auch noch von grünen Fanatikern in die Biorichtung getrieben wird.

Wohl hätte die FDP davon vieles nicht gegen Frau Merkel durchsetzen können. Man hätte also diese Koalition garnicht eingehen sollen und die Deutschen hätten heute eine liberale Partei mit ca. 20 %. Diese Partei fehlt, denn bei den anderen Parteien hat die „persönliche Freiheit“ viel weniger Vorrang. Nach vielen Jahren der Liberalisierung in Deutschland und Europa sind wir wieder einem sehr üblen Dirigismus ausgesetzt – oft angetrieben von grünen Ökofaschisten, die ihre Lebensweise anderen aufzwingen möchten, teils aus unverantwortlich geschürten Ängsten der Bevölkerung. Das führt zu Verboten von

Gentechnik, Fracking und neuen Atomkraftwerken usw. Die Zulassung leichter Drogen wäre längst überfällig und die Antirauchermassnahmen nehmen inzwischen groteske Züge an. In anderen europäischen Ländern sieht es nicht viel besser aus: Frankreich hat eine neue Einkommensteuer bis 75 % und verbietet die Prostitution, in Italien dürfen keine Zahlungen mehr über Euro 1000 in bar geleistet werden.

Nun behaupten heute die meisten Politiker und Parteien, sie seien liberal. Sicher, wollen wir alle von der Politik Gerechtigkeit, Sicherheit und Freiheit. Aber diese Ziele stehen oft im Gegensatz zu einander und die meisten Parteien, die heute Europa beherrschen, bevorzugen Gerechtigkeit und Sicherheit gegenüber der Freiheit. Auch wenn einige sich mit dem schönen Wort „liberal“ schmücken, sie sind es nicht oder nur teilweise, wie Wladimir Schirinowskis Liberal-Demokratische Partei Russlands (LDPR), die rechtslastige FPÖ von Herrn Strache und auch Berlusconi's Casa delle Libertà und Popolo Della Libertà und die deutsche AfD – alles eher konservative Parteien von denen nur wenig oder gar keine liberalen Initiativen ausgingen.

Auf vielen Feldern wird zunehmend unsere persönliche Freiheit eingeschränkt, aber gerade auf dem Bereich der Wirtschaft werden wir es in Westeuropa bald merken, dass liberale Parteien fehlen: Die Arbeitslosigkeit wird weiter steigen, die Inflation wird wiederkommen und es werden sich zwei Gruppen von Schlauberger bilden, welche die unliberale Wirtschaftspolitik nutzen: Die Wohlhabenden, die nach der Schweiz oder auf die Caymaninseln ziehen, die westeuropäischen Mitarbeiter feuern und die Produktion nach Bulgarien oder Bangladesch verlegen und die Armen, welche die Sozialhilfe (in Deutschland „Hartz 4“) kassieren und daneben schwarz arbeiten. Beides wird für die Gesellschaft verheerend sein.

Deshalb brauchen wir starke liberale Parteien. In Deutschland die FDP oder eine neue liberale Partei – ja, mit Leuten die „schrill“ sind, wie Herr Westerwelle es war, nur eben konsequenter.

Mit freundlichen Grüßen Mit freundlichen Grüßen

Peter Paris

Stiftung/Fondazione Liberalissimo & Jeunesse d'Afrique i.G./i.f. Via Monte Grappa, 2, I - 21010
Castelveccana (Varese/Italy) Tel. (+39)0332 520318; Mobil.: 335 6821302 (No SMS),
Fax: (+39)0332 522 E-mail: liberalissimo@euroschumann.eu